

Inhaltsverzeichnis

WidmungXX

Abkürzungsverzeichnis..... XXI

§ 1 Einleitung..... 1

- A. Die Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes im GmbH-Gesellschaftsrecht 3
- B. Zielsetzung und Arbeitshypothese 5
- C. Gang der Untersuchung..... 5
- D. Thematische Ab- und Eingrenzung 7

Kapitel 1: Grundsätzliche Probleme des einstweiligen Rechtsschutzes im GmbH-Gesellschaftsrecht

§ 2 Geeignetheit des Instrumentariums? 9

- A. Überblick 9
- B. Ungeeignetheit aufgrund komplexer Materie? 12

§ 3 Ungeeignetheit aufgrund von Schwächen des Verfahrens 14

- A. Gemeinsamkeiten zwischen dem Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes und dem Hauptsacheverfahren..... 14
- B. Unterschiede zwischen dem einstweiligen Rechtsschutzverfahren und dem Hauptsacheverfahren 15

§ 4 Möglichkeit der Absenkung des richterlichen Prüfungsmaßstabs 17

- A. Allgemeines 17
- B. Meinungsstand 18
 - I. Die Auffassung der herrschenden Meinung 18
 - II. Andere Ansichten 19
 - III. Stellungnahme 21
 - 1. Vergleich mit anderen Eilverfahren 21
 - 2. Weitere Kritikpunkte 22
 - IV. Zwischenergebnis 23

§ 5 Das Verbot der Vorwegnahme der Hauptsacheentscheidung 24

- A. Problemaufriss 24

B. Meinungsstand	25
I. Die herrschende Meinung.....	25
II. Kritik an der herrschenden Meinung.....	26
III. Stellungnahme	29
IV. Zwischenergebnis	34

Kapitel 2: Die Arten der einstweiligen Verfügung und die Notwendigkeit einer Differenzierung

§ 6 Arten der einstweiligen Verfügung 35

A. Überblick	35
B. Relevanz einer Differenzierung	40
I. Meinungsstand	40
II. Stellungnahme	43
1. Abgrenzung nicht möglich.....	43
2. Keine unterschiedlichen Voraussetzungen	43
3. Keine unterschiedlichen Funktionen	44
4. Weitere Gründe gegen eine Differenzierung.....	46
III. Zwischenergebnis	47
C. Die Feststellungsverfügung	47
I. Meinungsstand	48
II. Stellungnahme	50
III. Zwischenergebnis	51

Kapitel 3: Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Willensbildung in der Gesellschaft

§ 7 Die Willensbildung in der GmbH 53

A. Einleitung.....	53
B. Das Beschlussrecht der GmbH	54
I. Zum Begriff und der Rechtsnatur des Gesellschafterbeschlusses... 54	
II. Voraussetzungen einer wirksamen Beschlussfassung	55
1. Beschlussantrag und Abstimmung	56
2. Beschlussmehrheit.....	56
3. Beschlussfeststellung.....	57

C. Gang der weiteren Untersuchung	61
§ 8 Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Vollziehung von Gesellschafterbeschlüssen	61
A. Allgemeines zum einstweiligen Rechtsschutz nach Fassung eines Gesellschafterbeschlusses	61
B. Grenzen möglicher Inhalte einstweiligen Rechtsschutzes	63
I. Unzulässigkeit der Feststellung eines Gesellschafterbeschlusses im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	63
II. Unzulässigkeit der Nichtigerklärung / Bestätigung / Wirksam- und Unwirksamerklärung eines Beschlusses im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes	64
C. Differenzierung nach der konkreten Fehlerhaftigkeit von Gesellschafterbeschlüssen	65
I. Fehlerhafte Gesellschafterbeschlüsse	65
II. Nichtigkeit von Gesellschafterbeschlüssen	66
III. Anfechtbarkeit von Gesellschafterbeschlüssen	67
IV. Notwendigkeit einer Differenzierung nach dem konkreten Beschlussmangel	71
1. Meinungsstand	71
2. Stellungnahme	72
D. Einstweiliger Rechtsschutz bei ausführungsbedürftigen Gesellschafterbeschlüssen	73
E. Einstweiliger Rechtsschutz bei eintragungsbefürhtigen Gesellschafterbeschlüssen	74
I. Allgemeines	74
II. Einstweiliger Rechtsschutz zur Verhinderung der Eintragung eintragungspflichtiger Beschlüsse	74
1. Rechtsschutzmöglichkeiten vor Stellung des Antrags zur Eintragung im Handelsregister	75
a) Meinungsstand	75
b) Stellungnahme	76
2. Rechtsschutzmöglichkeiten nach Stellung des Antrags zur Eintragung im Handelsregister	77

3.	Konkrete Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Verfügung	78
III.	Einstweiliger Rechtsschutz zur Durchsetzung eintragungspflichtiger Beschlüsse	79
1.	Möglichkeiten des einstweiligen Rechtsschutzes zur Erzwingung des Eintragungsantrags	79
2.	Die Erzwingung der Eintragung im Handelsregister	81
3.	Einstweiliger Rechtsschutz gegen die Blockade eintragungsbedürftiger Gesellschafterbeschlüsse	82
a)	Allgemeines zum Freigabeverfahren gemäß § 246a AktG	82
b)	Die Regelungen des § 246a AktG	83
c)	Zur Frage der Anwendbarkeit des § 246a AktG auf die GmbH... 84	
d)	Anderweitige Möglichkeiten einstweiligen Rechtsschutzes zur Erzwingung der Eintragung im Handelsregister.....	90
§ 9	Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der (Untersagung der) Teilnahme an einer Gesellschafterversammlung.....	92
A.	Allgemeines zum Teilnahmerecht	92
B.	Einstweiliger Rechtsschutz gegen die Untersagung der Teilnahme an einer Gesellschafterversammlung	95
C.	Einstweiliger Rechtsschutz mit dem Ziel, die Teilnahme an der Gesellschafterversammlung zu ermöglichen.....	98
D.	Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Teilnahme bzw. Hinzuziehung eines Dritten	99
I.	Teilnahme eines Dritten als Bevollmächtigter eines Gesellschafters.....	99
1.	Einstweiliger Rechtsschutz bezüglich der Versagung der Teilnahme eines bevollmächtigten Dritten.....	100
2.	Einstweiliger Rechtsschutz, um die Teilnahme eines bevollmächtigten Dritten zu erzwingen	100
II.	Teilnahme eines Dritten als Berater eines Gesellschafters	102
1.	Einstweiliger Rechtsschutz zur Erzwingung der Teilnahme eines Dritten als Berater eines Gesellschafters	103
2.	Einstweiliger Rechtsschutz, um die Teilnahme eines Dritten als Berater eines Gesellschafters zu untersagen.....	105

§ 10	Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der (Untersagung der) Einberufung einer Gesellschafterversammlung	105
A.	Einstweiliger Rechtsschutz zur Untersagung der Abhaltung einer Gesellschafterversammlung.....	105
I.	Meinungsstand zur Zulässigkeit einer solchen einstweiligen Verfügung	105
II.	Stellungnahme.....	107
B.	Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Einberufung der Gesellschafterversammlung	108
I.	Allgemeines zur Einberufung	108
II.	Das Einberufungs- und Ankündigungsverlangen gemäß § 50 Abs. 1 und Abs. 2 GmbHG	110
III.	Das Selbsthilferecht des § 50 Abs. 3 GmbH	111
IV.	Anderweitige Möglichkeiten einstweiligen Rechtsschutzes im Zusammenhang mit der Einberufung einer Gesellschafterversammlung.....	113
1.	Meinungsstand.....	113
2.	Stellungnahme	115
a)	Klage auf Einberufung einer Gesellschafterversammlung in der Hauptsache	115
b)	Einstweiliger Rechtsschutz in Bezug auf die Einberufung einer Gesellschafterversammlung	117
V.	Exkurs: Recht auf sachliche Beschlussfassung nach einberufener Gesellschafterversammlung?	119
1.	Meinungsstand.....	119
2.	Stellungnahme	120
§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz im Vorfeld von Gesellschafterbeschlüssen zur Einflussnahme auf die Willensbildung der Gesellschafter	121
A.	Das Stimmrecht.....	122
B.	Beschränkungen des Stimmrechts	124
I.	Die starren Stimmrechtsschranken.....	125
II.	Die beweglichen Stimmrechtsschranken.....	126

III.	Stimmbindungsvereinbarungen	129
1.	Allgemeines.....	129
2.	Wirkungen von Stimmbindungsvereinbarungen	131
C.	Zulässigkeit einstweiligen Rechtsschutzes im Vorfeld von Gesellschafterbeschlüssen zwecks Einflussnahme auf die Willensbildung der Gesellschafter.....	132
I.	Ursprünglich herrschende Ansicht: Grundsätzliche Unzulässigkeit einstweiligen Rechtsschutzes	132
II.	Ausnahme von der grundsätzlichen Unzulässigkeit einstweiliger Verfügungen im Falle von Stimmbindungsvereinbarungen	135
III.	Neuere Ansicht: Grundsätzliche Zulässigkeit einstweiligen Rechtsschutzes	137
IV.	Unterscheidung nach dem Angriffsziel?	140
V.	Stellungnahme zur Zulässigkeit einstweiliger Verfügungen in Bezug auf die gesellschaftliche Willensbildung.....	142
1.	Keine unzulässige Vorwegnahme der Hauptsacheentscheidung.....	143
2.	Keine Schaffung einer endgültigen Regelung	143
3.	Kein unzulässiger Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht	144
a)	Zum Begriff des Selbstbestimmungsrechts	144
b)	Grenzen des Selbstbestimmungsrechts	145
c)	Stellungnahme	145
4.	Weitere Gründe gegen die Unzulässigkeit	147
5.	Ablehnung einer Differenzierung nach dem Angriffsziel.....	149
6.	Zwischenergebnis	151
VI.	Verfügungsanspruch.....	151
1.	Meinungsstand.....	151
2.	Stellungnahme	152
VII.	Verfügungsgrund.....	152
1.	Generelle Anforderungen an den Verfügungsgrund.....	153
2.	Konkrete Voraussetzungen des Verfügungsgrundes	154
VIII.	Prozessuales	155
1.	Parteien.....	155
2.	Vollstreckung	156

a)	Vollstreckung in der Hauptsache	156
b)	Vollstreckung im einstweiligen Rechtsschutz	158
IX.	Zwischenergebnis	162

Kapitel 4: Möglichkeiten und Grenzen des einstweiligen Rechtsschutzes gegen faktische Maßnahmen der Geschäftsführung

§ 12	Zum Bedürfnis nach einstweiligem Rechtsschutz gegen faktisches Handeln der Geschäftsführung	165
A.	Vorbemerkung	165
B.	Die Zuständigkeits- und Kompetenzordnung in der GmbH	165
C.	Gesellschafterklage als möglicher Verfügungsanspruch	167
D.	Gang der Untersuchung	169
§ 13	Voraussetzungen, Reichweite, Folgen und Konkurrenzen möglicher Anspruchsgrundlagen	169
A.	Mögliche Anspruchsgrundlagen aus eigenem Recht	169
I.	Eigene schuldrechtliche Ansprüche des Gesellschafters	169
1.	Eigener Anspruch aus der Verletzung des Geschäftsführer-Anstellungsvertrages	170
a)	Meinungsstand	171
b)	Stellungnahme	173
2.	Eigene Ansprüche aus Konsortialverträgen oder sonstigen vertraglichen Nebenabreden	173
3.	Eigene Ansprüche aus gesellschaftlicher Pflichtverletzung	174
4.	Eigene Ansprüche aus der Verletzung eines faktischen Treuhandverhältnisses	175
a)	Meinungsstand	175
b)	Stellungnahme	175
5.	Eigene Ansprüche aus dem verbandsrechtlichen Sonderrechtsverhältnis	176
a)	Problemaufriss	176
b)	Gang der Untersuchung	177
6.	Verbandsrechtlich vermittelte Ansprüche des Gesellschafters aus eigenem Recht	178

a)	Herleitung des Anspruchs aus dem Gedanken der Kapitalüberlassung und des Kontrollrechts des Gesellschafters	178
b)	Herleitung des Anspruchs aus der Kompetenzverfassung des Verbandes.....	179
c)	Herleitung des Anspruchs aus der Mitgliedschaft	182
d)	Herleitung des Anspruchs aus Vergleich mit dem öffentlichen Recht	184
e)	Herleitung des Anspruchs aus prozessualer Befugnis	185
f)	Herleitung des Anspruchs aus dem Gedanken einer parallel zur Kapitalgesellschaft bestehenden Personengesellschaft.....	185
g)	Zusammenfassung und Stellungnahme zum (ausschließlich) verbandsrechtlichen Lösungsansatz	186
II.	Deliktsrechtliche Ansprüche.....	191
1.	Deliktsrechtlicher Schutz nach anderen Normen als § 823 Abs. 1 BGB	191
2.	Deliktsrechtlicher Schutz der Mitgliedschaft i.S.d. § 823 Abs. 1 BGB	192
a)	Zur Frage des generellen deliktischen Schutzes der Mitgliedschaft im Innenverhältnis des Verbandes.....	193
b)	Die Anforderungen an den Eingriff / Umfang des Schutzbereichs	201
c)	Klageziele und deren Reichweite.....	208
d)	Anspruchsgegner	211
e)	Zwischenergebnis zu den deliktsrechtlichen Ansprüchen	214
III.	Gemischt verbandsrechtlich-deliktische Ansätze.....	214
B.	Mögliche Ansprüche aus abgeleitetem Recht	217
I.	Zum Begriff der actio pro socio	218
1.	Die actio pro socio und ihre dogmatische Einordnung im Personengesellschaftsrecht	218
2.	Zum Begriff der actio pro socio im Recht der GmbH	221
a)	Meinungsstand.....	221
b)	Stellungnahme	224
II.	Zur Anerkennung der actio pro socio im GmbH-Recht.....	226

1.	Die Ansicht der Rechtsprechung.....	226
2.	Die Ansichten der Literatur	228
3.	Stellungnahme	228
III.	Der Anwendungsbereich der actio pro socio im GmbH-Recht....	229
1.	Personeller Anwendungsbereich.....	229
a)	Meinungsstand.....	230
b)	Stellungnahme.....	232
2.	Sachlicher Anwendungsbereich.....	232
a)	Meinungsstand zu den Klagezielen der actio pro socio.....	232
b)	Stellungnahme zu den Klagezielen der actio pro socio	233
c)	Meinungsstand zum Umfang und zur Reichweite der verfolgbaren Ansprüche.....	234
d)	Stellungnahme zum Umfang und zur Reichweite der verfolgbaren Ansprüche.....	236
IV.	Subsidiarität der actio pro socio.....	238
1.	Der Grundsatz der Subsidiarität.....	238
a)	Meinungsstand	238
b)	Stellungnahme	242
2.	Ausnahmen vom Grundsatz der Subsidiarität	243
a)	Meinungsstand.....	243
b)	Stellungnahme	245
V.	Prozessuales	246
VI.	Zusammenfassung und Stellungnahme zu Ansprüchen im Wege der actio pro socio	249
C.	Zusammenfassung und abschließende Stellungnahme.....	249
I.	Zum Rechtsschutzbedürfnis des einzelnen Gesellschafters	249
II.	Zur Rechtsnatur des Anspruchs	251
1.	Verbandsrechtliche Ansprüche	251
2.	Deliktsrechtliche Ansprüche.....	253
3.	Verhältnis von verbandsrechtlichen und deliktsrechtlichen Ansprüchen	253
III.	Umfang der jeweiligen Ansprüche.....	255
IV.	Klageziele.....	257

V.	Anspruchsgegner	257
D.	Möglichkeiten einstweiligen Rechtsschutzes	257
E.	Exkurs: Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Stellung eines Insolvenzantrags	259
I.	Die Insolvenzantragspflicht und das Insolvenzantragsrecht des Geschäftsführers	260
II.	Der Insolvenzgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit	260
III.	Einholung eines Gesellschafterbeschlusses vor Stellung des Insolvenzantrags	261
1.	Meinungsstand	261
2.	Stellungnahme	262
IV.	Einstweiliger Rechtsschutz zur Verhinderung der Stellung eines Insolvenzantrags bei drohender Zahlungsunfähigkeit	263
1.	Verfügungsanspruch	263
2.	Verfügungsgrund	263

Kapitel 5: Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit dem Ausschluss eines Gesellschafters

§ 14	Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Einziehung von Geschäftsanteilen	265
A.	Vorbemerkung	265
B.	Einziehung	266
I.	Voraussetzungen für eine zwangsweise Einziehung	266
II.	Das Verfahren der Einziehung	272
1.	Gesellschafterbeschluss	273
a)	Grundsatz	273
b)	Ausnahme vom grundsätzlichen Erfordernis eines Gesellschafterbeschlusses?	273
2.	Einziehungserklärung	274
III.	Zu den Wirkungen der Einziehung	276
1.	Die Ansicht der herrschenden Meinung	276
2.	Mögliche Diskrepanzen zur Legitimationswirkung der Gesellschafterliste	279
a)	Die Legitimationswirkung der Gesellschafterliste	280

b)	Zwischenergebnis	283
3.	Ausnahme von der Legitimationswirkung?.....	283
4.	Zwischenergebnis	285
IV.	Möglichkeiten und Grenzen des einstweiligen Rechtsschutzes ...	286
1.	Erzwingung der (Wirkungen der) Einziehung.....	286
2.	Verhinderung der (Wirkungen der) Einziehung	288
a)	Zeitraum vor der Beschlussfassung über die Einziehung	288
b)	Zeitraum nach Beschlussfassung über die Einziehung	291

Kapitel 6: Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Bestellung bzw. Abberufung eines Geschäftsführers

§ 15	Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Bestellung eines Geschäftsführers	297
A.	Vorbemerkung	297
B.	Allgemeines	297
C.	Das Verfahren der Bestellung.....	298
I.	Bestellung im Gesellschaftsvertrag.....	299
II.	Bestellung durch Beschluss	300
D.	Statutarische Sonderrechte im Zusammenhang mit der Bestellung des Geschäftsführers.....	301
E.	Besonderheiten in mitbestimmten GmbHs	302
F.	Voraussetzungen im Hinblick auf die Person des Geschäftsführers.....	303
G.	Mögliche Ansatzpunkte für einstweiligen Rechtsschutz	304
I.	Einstweiliger Rechtsschutz zur Verhinderung der Bestellung bzw. des Tätigwerdens eines Geschäftsführers.....	305
1.	Einstweiliger Rechtsschutz vor der Bestellung	305
2.	Einstweiliger Rechtsschutz nach der Bestellung	306
3.	Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Verfügung	306
4.	Einzelne Maßnahmen	308
II.	Einstweiliger Rechtsschutz zur Erzwingung der Bestellung eines Geschäftsführers	308
1.	Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Beschlussfassung.....	308

2.	Erzwingen der Eintragung der Bestellung im Handelsregister	309
H.	Bestellung eines Notgeschäftsführers	310
§ 16	Einstweiliger Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Abberufung eines Geschäftsführers	311
A.	Vorbemerkung	311
B.	Der Grundsatz der freien Abberufbarkeit.....	312
C.	Ausnahmen vom Grundsatz der freien Abberufbarkeit.....	314
I.	Beschränkung auf Abberufung aus wichtigem Grund.....	314
II.	Beschränkung bei statutarischem Sonderrecht auf Geschäftsführung.....	316
III.	Beschränkung bei mitbestimmten GmbHs.....	317
D.	Das Verfahren der Abberufung.....	318
I.	Das Verfahren in der mitbestimmungsfreien GmbH.....	318
1.	Der Abberufungsbeschluss	318
2.	Die Abberufungserklärung	323
II.	Das Abberufungsverfahren in der mitbestimmten GmbH	324
E.	Die Rechtsfolgen einer Abberufung im Hinblick auf die Organstellung	325
I.	Bei unstreitigen Abberufungen	325
II.	Bei streitigen Abberufungen	327
1.	Problemstellung.....	327
2.	Fehlende Regelung im GmbHG.....	327
3.	Die Regelungen in §§ 117, 127 HGB	328
4.	Die Regelung des § 84 Abs. 3 Satz 4 AktG.....	329
5.	Zur analogen Anwendbarkeit von § 84 Abs. 3 Satz 4 AktG im GmbH-Recht	332
a)	Meinungsstand.....	333
b)	Stellungnahme	339
6.	Rechtsfolgen der analogen Anwendbarkeit der Vorschrift des § 84 Abs. 3 Satz 4 AktG bei der GmbH.....	344
a)	Meinungsstand und Stellungnahme	344
b)	Zwischenergebnis	345

7.	Zusammenspiel von § 84 Abs. 3 Satz 4 AktG analog mit den Rechtsfolgen aus allgemeinem Beschlussmängelrecht	346
a)	Mehrdimensionalität der Argumentationsebenen	346
b)	Erste Argumentationsebene: Förmliche Feststellung des Abberufungsbeschlusses	347
c)	Zweite Argumentationsebene: § 84 Abs. 3 Satz 4 AktG analog	349
8.	Zwischenergebnis	350
F.	Folgen der Abberufung für das Anstellungsverhältnis	351
G.	Eintragung der Abberufung im Handelsregister	352
H.	Einstweilige Rechtsschutzmöglichkeiten	353
I.	Gang der weiteren Untersuchung	353
II.	Einstweiliger Rechtsschutz aus Sicht der Gesellschaft bzw. ds an der Abberufung interessierten Gesellschafters	354
1.	Im Vorfeld eines Abberufungsbeschlusses	354
a)	Eilmaßnahmen gegen den Geschäftsführer persönlich	354
b)	Eilmaßnahmen gegen die Mitgesellschafter bzw. die Gesellschaft	356
2.	Nach festgestelltem positivem Abberufungsbeschluss	357
3.	Nach festgestelltem ablehnendem Abberufungsbeschluss	358
4.	Nach nicht festgestelltem Abberufungsbeschluss	359
5.	Nach Abberufungsbeschluss, der (wahrscheinlich) an einem Nichtigkeitsmangel leidet	360
6.	Besonderheiten der Abberufung von Gesellschafter-Geschäftsführern mit statutarischem Sonderrecht	360
7.	Besonderheiten bei wechselseitiger Abberufung von Gesellschafter-Geschäftsführern in der zweigliedrigen GmbH	361
8.	Inhalt der Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes gegen den Geschäftsführer	362
a)	Vorläufige Abberufung des Geschäftsführers	363
b)	Vorläufige Entziehung oder Beschränkung der Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis	364
c)	Suspendierung des Geschäftsführers?	366
d)	Weitere mögliche Maßnahmen	368

9.	Eintragung im Handelsregister.....	369
10.	Prozessuales	370
III.	Einstweiliger Rechtsschutz aus Sicht des betroffenen Geschäftsführers	372
1.	Einstweiliger Rechtsschutz aus Sicht eines Gesellschafter- Geschäftsführers (ohne statutarisches Sonderrecht)	372
a)	Im Vorfeld des Abberufungsbeschlusses	372
b)	Nach Fassung und Bekanntgabe des Abberufungsbeschlusses...	375
c)	Mögliche Inhalte von einstweiligen Rechtsschutzmaßnahmen...	376
d)	Prozessuales	378
2.	Besonderheiten in Bezug auf Abberufungen von Gesellschafter-Geschäftsführern mit statutarischem Sonderrecht	378
3.	Besonderheiten in Bezug auf wechselseitige Abberufungen von Gesellschafter-Geschäftsführern in der zweigliedrigen GmbH	379
4.	Einstweiliger Rechtsschutz zu Gunsten von Fremd- Geschäftsführern	379
a)	Im Vorfeld der Abberufung	379
b)	Nach Fassung und Bekanntgabe des Abberufungsbeschlusses...	380
§ 17 Zusammenfassung in Thesen		386
Literaturverzeichnis		401